

Für eine demokratische Aneignung des Kapitalismus

Friedhelm Hengsbach SJ. Ludwigshafen am Rhein

„Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“, hatte 1997 der damalige Bundespräsident Roman Herzog gefordert. Nun geht seit einem Jahr, als die Lehmann Brothers Bank Pleite ging, ein unbeschreiblicher Ruck durch die Wirtschaften und Gesellschaften der ganzen Welt. Allerdings anders, als Roman Herzog ihn sich vorgestellt hat. Wie ist diese Krise zu erklären, wie konnte das passieren? Welche Rolle übernimmt der Staat, um die Krise zu bewältigen? Birgt diese Krise zugleich eine Chance eines Neustarts? Allerdings eines Neustarts, der den finanzwirtschaftlichen Eliten, die diese Krise verursacht haben, „weiter so“ zu spielen.

Eine „beispiellose“ Krise?

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise gilt als beispiellos. Ist sie wirklich so beispiellos? Immerhin hat es in den letzten 30 Jahren, seitdem das Bretton-Woods-System aufgekündigt wurde, sieben Finanzkrisen gegeben. Wohl nicht unmittelbar im Zentrum, wenngleich die New-Economy-Blase im Zentrum, allerdings in einem Segment geplatzt ist. Beispiellos ist diese Krise, weil sie vom monetären System ausgeht, das viel stärker als noch vor 10 Jahren miteinander verflochten ist, weil außerdem die peripheren Länder, in denen viele früheren Krisen ihre unmittelbare Wurzel hatten, inzwischen ins Zentrum gerückt sind. Und weil diese monetäre Krise auch die reale Sphäre erfasst oder deren Anfälligkeit gesteigert hat.

1. Drei Dimensionen der Krise

Drei Dimensionen dieser Krise werden immer deutlicher sichtbar. Die monetäre Krise ist zugleich eine ökologische Krise. Und sie wird begleitet von einer sozialen Krise, die den Zusammenhalt der Gesellschaft sprengt.

1.1 Die monetäre Dimension der Krise

Die ungeheure Dynamik des Kapitalismus wurde vor 100 Jahren von Max Weber und auch von Josef Schumpeter auf den dynamischen Unternehmer zurückgeführt. Dieser bringt innovative Produkte auf den Markt und führt innovative Produktionsverfahren ein. Werner Sombart, ein Zeitgenosse dieser großen Soziologen hat die Dynamik des Kapitalismus stärker strukturell verankert. Er verlegt sie in die elastische Geldversorgung, die für den Kapitalismus kennzeichnend ist. Das Bankensystem verfügt – in den Grenzen, die die Zentralbank setzt, oder jenseits dieser Einfriedung – über eine unbegrenzte Kredit- und Geldschöpfungsmacht. Diesem monetären Expansionsmotor verdankt der moderne Kapitalismus jene außergewöhnliche Dynamik, die einem Teil der Weltbevölkerung einen rasanten Wohlstand beschert hat.

1.2 Die ökologische Dimension der Krise

Die ökologische Dimension der Krise ist in Anlehnung an Werner Sombart ebenfalls mit der kapitalistischen Dynamik zu erklären. Neben dem Motor der unbegrenzten Geldschöpfungsmacht der Geschäftsbanken, also dem Geldvorschuss, den sie den Unternehmen geben, damit diese Produktionsanlagen kaufen und Arbeitskräfte bezahlen, ist – mit den Worten Sombarts – der „Griff in die Spardbüchse der Erde“ für die Dynamik und Krise des Kapitalismus

verantwortlich. Während frühere Epochen nur das Jahreseinkommen der Sonnenenergie verbraucht haben, hat der industrielle Kapitalismus aufgrund der naturwissenschaftlichen Kenntnisse und der Technik, die ihm zur Verfügung stand, sich des Naturvermögens bemächtigt, also nicht nur das Einkommen, sondern das Vermögen selbst, das in Jahrillionen in der Erde gespeichert wurde, an sich gerissen.

Geldschöpfung und Naturverbrauch – beide potentiell schrankenlos – sind die dynamischen Motoren des modernen industriellen Kapitalismus. Was das Naturvermögen angeht, ist zumindest seit 1972 deutlich geworden, dass die Industriegesellschaften nicht schrankenlos in die natürliche Umwelt eingreifen und sie zum Nulltarif nutzen können, dass sie einen fairen Preis dafür zu entrichten haben, und dass sie aus diesem Vermögen nur das, was ihnen gerechterweise zusteht, entnehmen dürfen. Und dafür, nämlich die Entnahme der Ressourcen und die Überlastung der Tragfähigkeit der Erde müssen sie eine Kompensation leisten. Leider ist diese Einsicht, nachdem der Klimawandel in der Folge des G 8-Gipels in Heiligendamm ein beherrschendes Thema war, wieder aus den Köpfen und den Herzen der Politiker geschwunden. Soll etwa die Abwrackprämie ein Beitrag zum Klimaschutz sein? Oder die Förderung der Autoindustrie? Diese müsste erheblich mehr Beiträge zu nachhaltigen Formen der Mobilität liefern.

1.3 Die soziale Dimension der Krise

In den 1990er Jahren und zu Beginn dieses Jahrhunderts haben die politisch Verantwortlichen die solidarischen Sicherungssysteme entregelt. Gesellschaftliche Risiken, die dem Einzelnen nicht zugerechnet werden können, wurden tendenziell individualisiert. Den Arbeitslosen wurde unterstellt, sie seien „faule Säcke“. Den Kranken wurde vorgeworfen, sie hätten riskante Freizeitgewohnheiten entwickelt. Die Frauen – in einer patriarchalen Gesellschaft ist die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht ein gesellschaftliches Risiko – wurden ermuntert, mehr Mut zur Karriere zu haben. Falls es gelingt, solche gesellschaftlichen Risiken zu individualisieren, lässt sich eine empörte rhetorische Fragen stellen, warum denn solche Risiken, die (angeblich) individuell verursacht sind, solidarisch abgesichert werden sollen? So hielten sich die Regierenden für berechtigt, die solidarischen Sicherungen zu durchlöchern und für die private Vorsorge werben. Die Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentgesellschaften waren gern bereit, diese private Form einer kapitalgedeckten Vorsorge zu organisieren.

Neben der Demontage der solidarischen Sicherungssysteme sind die Arbeitsverhältnisse von den staatlichen Entscheidungsträgern unter dem Druck der bürgerlichen Eliten, der Wirtschaftswissenschaftler und der Arbeitgeber entregelt worden. Die prekären Arbeitsverhältnisse sind ja kein Naturereignis, sondern durch Gesetze der Agenda- Parteien etwa zu befristeten Arbeitsverhältnissen, zur Leih- und Zeitarbeit, zu den Mini- und 1-Euro-Jobs sowie zum Niedriglohnsektor beschlossen worden.

2. Der Staat – Bestandteil der Krise

Warum die Finanzkrise als beispiellos angesehen wird, hat auch damit zu tun, dass mit ihr ein abrupter und radikaler Wechsel der herrschenden Denkmuster eingetreten ist. Diejenigen, die mehr als 30 Jahre lang mit flatternder Fahne das marktradikale, wirtschaftsliberale Bekenntnis mit den drei Glaubenssätzen verkündet haben: „Vertraue auf die Selbstheilungskräfte des Marktes“, sagen jetzt (wie Josef Ackermann): „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes.“ Diejenigen, die felsenfest davon überzeugt waren: „Der schlanke Staat ist der beste aller möglichen Staaten“, rufen jetzt: „Der Staat soll unser zerbrochenes Kartenhaus

retten.“ Und diejenigen, die erklärt haben: „Wenn die Zentralbank nur rigoros die Inflation bekämpft und den Geldwert stabil hält, ist jede andere Wirtschaftspolitik überflüssig“, freuen sich darüber, dass die Notenbanken Liquidität, also Geld in das Bankensystem (und in die Wirtschaft) fluten. Der Staat wird nun als Retter gerufen. Aber er ist nicht der Retter aus der Krise, sondern deren Bestandteil.

2.1 Abschied vom Rheinischen Kapitalismus

Ein führender Vertreter der Deutschen Bank stellte zu Beginn des Jahrhunderts die provozierende Frage, ob die Finanzmärkte quasi die fünfte Gewalt in der Demokratie seien. Seiner Meinung nach könnten die täglichen millionenfachen Entscheidungen der Anleger den Regierenden besser, als vierjährige Parlamentswahlen dazu in der Lage sind, sensible Signale geben, was vernünftige Wirtschaftspolitik sei – nämlich Löhne, Sozialabgaben und Steuern senken, die Gewerkschaften zähmen und möglichst wenig umverteilen. Offenbar haben sich die Regierungen solche Parolen zu eigen gemacht und begonnen, die so genannte Deutschland AG bzw. den „Rheinischen Kapitalismus“, wie Michel Albert die soziale Marktwirtschaft in Deutschland nennt, in Richtung eines angelsächsischen Finanzkapitalismus umzubauen.

Der Rheinische Kapitalismus zeichnet sich dadurch aus, dass zwischen Banken und Unternehmen intensive persönliche und finanzielle Verflechtungen bestehen. Diese sind zwar relativ überschaubar, wurden jedoch von vielen als inzwischen verkrustet angesehen. Außerdem wurden die Unternehmen als ein Personenverband begriffen. Ein solcher Personenverband umschließt die Gruppen der Belegschaften, der Kapitaleigner und der Vertreter der öffentlichen Hand, also Kommunen oder staatliche Organe. Die Manager der Unternehmen haben zwischen den verschiedenen Gruppen einen Interessenausgleich herzustellen. Und schließlich sicherten die Tarifautonomie sowie umlagefinanzierte, solidarische Systeme eine relativ ausgewogene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie den Schutz gegen gesellschaftliche Risiken.

Der angelsächsische Finanzkapitalismus lässt sich vergleichsweise so charakterisieren: Die Wertpapiermärkte sind dominant. Sie gelten als anonym und effizient, während institutionelle Anleger: Großbanken, Versicherungskonzerne, Investmentgesellschaften und Finanzinvestoren die Szene beherrschen. Sie werden Intermediäre genannt, weil sie zwischen den Aktionären und den Zielunternehmen vermitteln. Die Unternehmen gelten in erster Linie als Kapitalanlage in den Händen der Aktionäre. Sie werden unmittelbar oder mittelbar von ihnen gekauft, im Wert gesteigert und danach verkauft. Sie werden bewertet und gesteuert ausschließlich durch eine Finanzkennziffer, den „shareholder „value“. Diesen kurzfristig ausgerichteten Wert zu maximieren, ist das Ziel der Geschäftspolitik der Unternehmensleitung. Er spiegelt sich, so wird unterstellt, im Aktienkurs der jeweiligen Unternehmen. Nun ist der shareholder value der Saldo zukünftiger Zahlungsströme, ein Erwartungswert. Es kann ein Fantasiewert sein, der sich aufgrund von Gerüchten bildet. So kann ein Teufelskreis entstehen, der aus den Zahlen, die von den Managern vierteljährlich präsentiert werden, der subjektiven Inszenierung einer blühenden unternehmerischen Zukunft, den Aktienkursen, die kollektive Erwartungen im Herdenverhalten spiegeln, und den Vergütungen der Manager entsteht. Diese virtuelle Welt, die während der Blütezeit der „New Economy“ bereits durchgespielt worden war, hat sich während des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts großflächig ausgebreitet. Manager stehen nicht mehr im Dienst von Belegschaften oder Kunden oder der öffentlichen Hand, so dass sie bestrebt wären, die Wertschöpfung zu erhöhen, Kundenwünsche zu bedienen sowie Steuern zu entrichten. Sie bedienen einzig und allein die Interessen der Aktionäre.

2.2 Kooperative Geisel

Der Druck der Finanzunternehmen und der politischen Öffentlichkeit auf die politischen Entscheidungsträger war so massiv, dass diese die Rolle kooperativer Geiseln übernommen haben. Die Regierungen haben einen Finanzförderplan beschlossen. Dieser sah vor, den Standort Deutschland so wettbewerbsfähig zu machen, dass er den Rückstand gegenüber den Finanzplätzen New York und London aufholen. So wurden steuerpolitische Gesetze, die die Finanzinvestoren privilegiert behandeln, beschlossen. Die Gewinne der Banken aus dem Verkauf ihrer Industriebeteiligungen wurden steuerfrei erklärt, Investmentfonds für breite Bevölkerungsschichten geöffnet, Hedge-Fonds in der Form von Dachfonds ebenso wie Zweckgesellschaften zugelassen. Die Regierung ließ dafür werben, dass die innovativen Finanzprodukte verbreitet und neue Vertriebswege dafür erschlossen würden. Die Aufsichtsbehörden sollten diese Innovationen nachsichtig beurteilen und bei deren Kontrolle großzügig mit ihnen umgehen.

Kooperative Geisel war der Staat nicht nur beim gleitenden Umbau des deutschen Finanzregimes in den angelsächsischen Kapitalismus, sondern auch, als sich die US-Immobilienkrise zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausweitete. Die staatlichen Entscheidungsträger, in erster Linie die Regierenden reagierten im Sog der apokalyptischen Dramaturgie, die von den Großbanken und der Bankenaufsicht inszeniert wurde. Ich habe in einen Abgrund geschaut“ erklärte der Finanzminister. In einen Abgrund, über den die Banken ihn gehalten haben? „Wenn der Himmel einstürzt, sind alle Spatzen tot“. Stürzt der Himmel ein, wenn die Spieler ihre Spielschulden bezahlen müssen? „Wenn es brennt, muss das Feuer gelöscht werden, auch wenn Brandstiftung die Ursache war“. Aber müssen die Brandstifter mit am Lenkrad des Löschzuges sitzen? Dass es zu widersprüchlichen Reaktionen kam, war wohl unvermeidlich. Zunächst war es ein Problem der Vereinigten Staaten, gegen das Deutschland immun sei, hieß es. Aber dann musste ein deutsches Institut gerettet werden. Zunächst sollte nur im Einzelfall gerettet werden. Aber dann wurde ein Schirm über alle Banken gespannt. Zunächst wurde ein Konjunkturprogramm verweigert. Dann wurden gleich mehrere Konjunkturpäckchen geschnürt. Und immer wurde verkündet: Es gibt keine Alternative – was einer Bankrotterklärung der Politik gleichkommt. Gab es wirklich keine Alternativen? Warum sicherte man eine Rettung zu, bevor eine Spurensicherung erfolgte? Welche Finanzunternehmen haben mit welchem Anteil zu der angeblich drohenden Kernschmelze beigetragen – welche Landesbanken, welche Großbanken, welche ausgelagerten Zweckgesellschaften? Welche Manager haben fahrlässig oder vorsätzlich entschieden, welche haben Treuepflichten grob verletzt? Unerträglich sind die Rettungsmaßnahmen, die unter weitgehendem Ausschluss des Parlaments beschlossen wurden. Weder das Parlament noch die demokratischen Entscheidungsverfahren unterstehen einem Bankgeheimnis. Warum kann einer Bank das Insolvenzverfahren nicht zugemutet werden? Weil sie systemrelevant ist? Wenn sie systemrelevant ist, ist sie zu groß. Dann darf jedoch nicht die Fusion mit einer anderen Großbank der Ausweg aus der Krise sein, sondern deren Zerschlagung.

Ein Neustart jenseits des Finanzkapitalismus

Wenn es zutrifft, dass jede Krise auch eine Chance bietet, müsste gelten: Die beispiellose Krise bietet auch die beispiellose Chance, zu einen wirtschaftspolitischen Neustart anzutreten. Für die aktuelle Krise wird meistens nur das Bezugsjahr der großen Weltwirtschaftskrise: 1929/30 genannt. Für den Neustart gibt es jedoch erheblich mehr Bezugsgrößen.

3.1 Die Chance eines Neustarts

Es gibt jedoch noch andere Chancen und Aufbrüche in markanten Referenzjahren: 1944 das

Währungsabkommen von Bretton Woods oder 1947 das Ahlener Programm der CDU in der britischen Besatzungszone. In dessen Präambel steht, dass der Kapitalismus den sozialen und staatlichen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei und dass die neue Wirtschaftsordnung auf den elementaren Lebensinteressen der Bevölkerung gründen müsse. 1948 hat Ludwig Erhard gegen den Widerstand der Alliierten eine wertstabile Währung und eine Marktwirtschaft eingeführt, die auf dem freien Spiel der Preise beruhte und gleichzeitig den sozialen Ausgleich sicherte. Und dann der große Aufbruch 1989, als Bürger und Bürgerinnen in einer friedlichen Revolution das Joch eines militärisch hochgerüsteten Regimes und einer Kommandowirtschaft abschüttelten. Sie waren von der Erwartung, dass persönliche Freiheit und wirtschaftlicher Wohlstand, Kapitalismus und Demokratie vereinbar seien. Auch eine repräsentative Demokratie provoziert immer dann, wenn das Parteiensystem verkrustet und die Eliten sich gegen das Volk abschließen, einen Neustart. Zunächst formen sich außerhalb des Parlaments Protest, Widerstand und Unruhe der Bevölkerung. Dann bilden sich soziale Bewegungen ausdrücken. Vor mehr als zwei Jahrzehnten waren es die Friedensbewegung – damals in beiden deutschen Staaten – sowie die Frauen- und die Umweltbewegung. Die Grünen sind nach einiger Zeit als Bewegungspartei in das Parlament eingetreten. Jetzt ist aus den Montagsdemonstrationen in Magdeburg die Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit und schließlich die Partei „Die Linke“ hervorgegangen, die das etablierte Parteiensystem erfolgreich aufgemischt hat.

3.2 Fehlersuche

Es gibt keinen erfolgreichen Neustart ohne eine gründliche Spurensuche nach den Fehlern, die diese Krise verursacht haben. Es reicht nicht, wenn Klaus-Peter Müller von der Commerzbank gesteht: „Die Banken haben Fehler gemacht, sicher“, ohne aufzudecken, welche Fehler er meint. Es ist zu billig, den Staat und dessen Versagen als Sündenbock zu benennen und die Pleite der Lehmann Bank dafür verantwortlich zu machen, dass die Commerzbank seitdem diese Zahlen schreibt. Die Lehmann Pleite ist nicht die Ursache der Krise, sie hat diese aufgedeckt. Den Boten der schlechten Nachricht mundtot zu machen, statt deren Ursache zu beseitigen, ist falsch.

Ebenso falsch ist die individualistische Deutung der Krise. Viele meinen: Es sei die große Gier, die Fahrlässigkeit oder die Risikoblindheit der Manager gewesen, die für die Krise verantwortlich sind. Die Politiker machen Stimmung mit Kampagnen gegen die Manager. Das Sozialrundschreiben des Vatikans warnt vor übertriebenem Vertrauen in Strukturen und Systeme. Hinter dem Zauber der Finanzwelt oder dem Zauber der Technik, hinter den sozio-ökonomischen Prozessen und Strukturen würden immer freie und moralisch verantwortliche Menschen stehen, die verantwortlich Handeln. Wenn das Finanzsystem aus dem Fugen geraten sei, dann könne man dies nicht dem System anlasten, das weder ein gutes noch ein schlechtes Mittel sei, sondern den Menschen, die das Mittel seinem Zweck entfremden und es missbrauchen. Aber Heroen und Heroinnen können in einem korrupten System nicht moralisch korrekt handeln. Es gibt kein richtiges Leben im falschen System. Deshalb verstehe ich den Seufzer von Hilmar Kopper, dem früheren Chef der Deutschen Bank, der meint: „Ich kann das Wort Gier schon nicht mehr hören“. Der systematische Ort einer wirtschafts- und sozialetischen Kritik ist nicht das individuelle moralische Handeln, sondern die Formulierung jener Regeln, die das Handeln der Menschen koordinieren. Nicht die Spielzüge, sondern die Spielregeln müssen auf den Prüfstand.

Deshalb sollten vor allem die Systemfehler festgestellt werden, um daraus zu lernen und einer weiteren Krise vorzubeugen. Welche Systemfehler springen in die Augen: In einer wohlhabenden Gesellschaft hat das Geld nicht nur die Funktion, Tauschmittel zu sein, sondern auch – und das in zunehmendem Maß – als Wertspeicher, als Vermögen verwendet zu werden.

Es konkurriert mit anderen Vermögensformen, etwa Immobilien und Wertpapieren. Wenn jedoch die Verteilung von Einkommen und Geldvermögen derart in eine Schiefelage gerät, wie dies in den 1990er Jahren und extrem seit 2000 zu beobachten ist, dann liegt vermutlich in einer solchen Asymmetrie eine der Ursachen, weshalb erhebliche Kapitalströme auf die globalen Finanzmärkte gelenkt wurden, um dort rentable, spekulative Finanzgeschäfte zu tätigen.

Ein weiterer Systemfehler liegt darin, dass die Vermögensmärkte anders als die Gütermärkte gesteuert werden. Die Gütermärkte sind begrenzt durch Knappheiten realer Ressourcen, etwa der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Boden und Technik oder realer Kaufkraft, also Realeinkommen. Die Vermögensmärkte dagegen orientieren sich an subjektiven, kurzfristigen Erwartungen. Diese sind schrankenlos und können fantastische Höhen erreichen. Welchen Wert ein Unternehmen übermorgen, in drei oder fünf Jahren erreichen wird, hängt von meinem Urteil und dem vieler anderer ab, deren Urteile sich wechselseitig beeinflussen. So kommt eine Spirale zustande, die sich nach oben hin dreht. Wenn solche Erwartungen in Geldvermögenswerte zusätzlich durch eine unbegrenzte Kreditschöpfungsmacht der Finanzunternehmen befeuert werden, bildet sich jene spekulative Blase, deren Platzen wiederholt verheerende Wirkungen auf die Realwirtschaft hatte.

3.3 Nach der Krise – Vor der Krise

Der erweiterte Kreis von zwanzig Staaten, die sich zu Beginn dieses Jahres in London getroffen haben, signalisiert, dass die politischen Entscheidungsträger nicht mehr dem Markt das letzte Wort über die Gestaltung eines demokratiefähigen Kapitalismus überlassen wollen, dass sie sich vielmehr die letzte Regelungsbefugnis über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen wieder aneignen wollen. Sie haben für eine demokratische Aneignung des Kapitalismus zwei Markierungen gesetzt: die Konstruktion einer globalen Finanzarchitektur und ernsthafte Anstrengungen zur realwirtschaftlichen Belebung. Aber diese Markierungen müssen hingelenkt werden auf das Ziel, vier wirtschaftliche und gesellschaftliche Schieflagen zu beheben.

Beteiligungsgerechte Finanzarchitektur

„Eine globale Krise verlangt nach einer globalen Lösung“, haben die G 20 erklärt. Sie haben dazu unverzichtbare „Reparaturarbeiten“ beschlossen – ein globales Netzwerk öffentlicher Aufsicht und Kontrolle, in dem alle systemisch relevanten Finanzunternehmen, alle Finanzgeschäfte und alle Finanzplätze erfasst sind. Rating Agenturen, hochspekulative Fonds und Steueroasen sind darin einbezogen. Der Frage der Managergehälter scheint eine überzogene Bedeutung beigemessen zu werden, die wohl der aufgeheizten Empörung der Öffentlichkeit geschuldet ist. Weitere Absichtserklärungen der G 20 beziehen sich auf globale Standards für die Höhe und die Qualität von Eigenkapitalquoten als Risikoschutz, eine risikobewusste Bilanzierung sowie die Eingrenzung der Hebelwirkung der Fremdfinanzierung.

Darüber hinaus sind einige behutsame „Renovierungsleistungen“ erkennbar. Zwei internationale Institutionen werden aufgewertet: Zum einen wird das Forum für Finanzstabilität, das nach der Asienkrise eingerichtet worden ist, in den Rang eines globalen Finanzstabilitätsrates erhoben. Dieser soll als Frühwarnanlage globale und makroökonomische systemische Risiken zeitnah aufspüren. Zum wird das Mandat des IWF in Bezug auf die Beobachtung, Kreditvergabe und Steuerung globaler Finanzströme erweitert.

Für einen „Neustart“ zu einer beteiligungsgerechten Finanzarchitektur sind solche Beschlüsse nicht ausreichend. Um diesen Namen zu rechtfertigen, sollten die angeblich innovativen Finanz-

produkte einem öffentlichen „Finanz-TÜV“ unterworfen und in eine Art „Positiv-Liste“ aufgenommen werden, bevor sie in die Finanzströme einmünden. Eigenkapitalquoten sollten nach folgendem Kriterium differenziert werden: Kredite, die der Finanzierung von (spekulativen) Finanzanlagen dienen, sind mit einer höheren Quote zu unterlegen und verschärften Haftungsregeln zu unterwerfen, als solche Kredite, die vergeben werden, um reale Investitionen zu tätigen. Die Bilanzierung gemäß dem Marktwertprinzip sollte aufgegeben werden. Der Grundsatz der vorsichtigen Rechnungslegung gemäß dem Anschaffungswert bzw. dem Niederstwert garantiert höhere Stabilität. Spekulative Finanzgeschäfte sollten besteuert werden. Der US-Dollar sollte als alleinige Reservewährung abgelöst werden. Der IWF könnte dabei in die Rolle einer Weltzentralbank hineinwachsen. Diese würde über eine Art Weltgeld (den Sonderziehungsrechten vergleichbar), das einen Warenkorb von Ankerwährungen abbildet, verfügen und die Rolle eines Kreditgebers der letzten Instanz übernehmen. Regionale Währungsräume könnten als eine Zwischenstufe angesehen werden. Schließlich sollten die globalen Ungleichgewichte, die extreme und strukturelle Gläubiger- und Schuldnerpositionen erzeugen, abgebaut werden. Der IWF sollte gleichzeitig in die Lage versetzt werden, Strafzahlungen zu erlassen, damit sich nicht nur die Schuldnerländer, sondern auch die Gläubigerländer an der Ausbalancierung der Leistungsbilanzen beteiligen.

Die Gruppe der acht mächtigsten und wirtschaftlich führenden Länder um zwölf Clubmitglieder zu erweitern, ist zwar begrüßenswert, entspricht aber noch nicht einer globalen Beteiligungsgerechtigkeit. Diese wird nämlich nicht schon dadurch erreicht, dass dem IWF „für die Armen in der Welt“ ein erweitertes Kreditvolumen zur Verfügung stellt. Denn diese Finanzmittel werden allenfalls kreditwürdigen Ländern gewährt, zu denen die ärmsten Länder kaum gehören. Folglich gehört die selten hinterfragte monetäre Globalisierungsoption auf den Prüfstand. Die von den Vereinten Nationen proklamierten „Rechte der Volker“ sollten sich in einer finanz- und währungspolitischen Autonomie verkörpern. Diese genießt Vorrang gegenüber dem Einfluss globaler Finanzmärkte auf das eigene Finanzregime und den Attacken internationaler Finanzjongleure gegen die eigene Währung. Solche destruktiven Einwirkungen sollten solche Länder mit Kapitalverkehrskontrollen abwehren können. Eine anerkannt erfolgreiche, im 19. Jahrhundert von Friedrich Wilhelm Raiffeisen, aktuell von Muhammad Yunus angestoßene wirtschaftliche Entwicklung knüpft an die Existenz von Mikrobanken an, die landwirtschaftliche Betriebe, gewerbliche Industrien und Dienstleistungsfirmen miteinander vernetzen - finanziell und kooperativ. Der Aufbau einer nationalen Finanzwirtschaft sowie eines funktionsfähigen Bankensystems unter Einschluss einer Zentralbank würde am Ende „gekrönt“ durch die grenzüberschreitende Öffnung eines solchen nationalen Finanzregimes.

Realwirtschaftliche Belebung

Die deutsche Bundesregierung folgt nur sehr zögernd jenem Konzept der Krisenregelung, gemäß dem eine staatlich angestoßene realwirtschaftliche Belebung einen Sog auf die Finanzunternehmen auslösen könnte, ihre Zurückhaltung bei der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen zu lockern.

Dabei sind der Abschied von der „mikroprudentiellen Analyse“ und die entschiedene Hinwendung zu einem wirtschaftspolitischen Makroregime ziemlich plausibel. Darin sind die Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik sowie die Politik außenwirtschaftlicher Absicherung aufeinander abzustimmen. Die Geldpolitik soll inflationäre und deflationäre Tendenzen der Realwirtschaft unterbinden. Die Währungshüter sollen einen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten, indem sie nicht dann schon Inflationsrisiken wittern, wenn diese noch nahezu ausgeschlossen sind. Die Zentralbank ist allerdings auf kooperative Partner angewiesen, in erster Linie auf die Lohnpolitik. Diese entlastet die Stabilitätspolitik der Zentralbank, indem Lohnerhöhungen an der trendmäßigen Produktivitätsrate plus der Zielinflationsrate der

Zentralbank orientiert bleiben. Auch die Lohnpolitik kann gegen das Ziel der Geldwertstabilität verstoßen, wenn die Lohnsteigerungen deutlich unter der Stabilitätsnorm bleiben. Entregelte und flexible Arbeitsmärkte, insbesondere betriebsbezogene Lohnabschlüsse, die einer rein betriebswirtschaftlichen Logik folgen, können in Krisenzeiten solche deflationären Tendenzen verursachen. Die Fiskalpolitik sollte antizyklisch angelegt sein. Auf der Einnahmenseite sind konjunkturelle Schwankungen zuzulassen, auf der Ausgabenseite die öffentlichen Investitionen zu verstetigen. Kreditfinanzierte Investitionen sind unbedenklich, solange sie Einnahmen erzeugen. Der strukturelle Leistungsbilanzüberschuss, den Deutschland sich über Jahre hinweg leistet, und der Beschäftigungsprobleme in anderen Ländern erzeugt, ist tendenziell abzubauen.

Da die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland unter ihren Verhältnissen lebt, da viele private Bedürfnisse nicht befriedigt und öffentliche Aufgaben unerledigt sind, während das Arbeitsvermögen insbesondere junger Menschen verschlissen wird, sind eine Steigerung der Wertschöpfung und ein Mehr an Erwerbsarbeit ein sinnvolles Ziel. Reife Industrieländer können zusätzliche Märkte und Beschäftigungsfelder durch einen ehrgeizigen ökologischen Umbau der Wirtschaft, insbesondere der herkömmlichen Verkehrssysteme, der Energiegewinnung und der Ernährungsweisen erschließen. Aber an der Schwelle zum „Zeitalter des Arbeitsvermögens“ kommen verstärkt die "Arbeiten an den Menschen", also personennahe Dienste in den Bereichen der Bildung, Gesundheit und Kultur in den Blick. Die Wertschöpfung solcher Dienste ist von der Kaufkraft derer, die sie nachfragen, von einem gesellschaftlich festgestellten Bedarf und von der Kompetenz derer, die sie anbieten, abhängig. Die politisch Verantwortlichen sollten den wachsenden gesellschaftlichen Stellenwert personennaher Dienste auch "honorieren" und die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schaffen, diese Dienste zu professionalisieren sowie angemessen in den Wertschöpfungskreislauf zu integrieren.

Der Strukturwandel zur kulturellen Dienstleistungswirtschaft rechtfertigt ein verstärktes Engagement des Staates, weil diejenigen Arbeiten an den Menschen, die als Grundrechtsansprüche anerkannt sind, nicht ausschließlich dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb und der privaten Kaufkraft, die das Angebot steuert, überlassen bleiben können. Die ursprüngliche Verheißung, die Privatwirtschaft oder das Zusammenspiel von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft würden die Bevölkerung bürgerfreundlicher, kostengünstiger und leistungsstärker bedienen, ist nur begrenzt eingelöst worden. Die auftretenden Kosten sind häufig auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgewälzt worden, deren Arbeit verdichtet, deren Lohn gekürzt und deren Arbeitszeit verlängert wurden. Dabei kann sich die öffentliche Hand nicht davon dispensieren, dass Grundgüter wie Arbeit, Mindesteinkommen, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Kommunikation allen Mitgliedern der Zivilgesellschaft unabhängig von ihrer Kaufkraft zugänglich bleiben. Dieser allgemeine Zugang gehört zur Lebensqualität demokratischer Gesellschaften. Deshalb ist eine Offensive für mehr staatliche Investitionen, die private Aufträge nach sich ziehen, ein unverzichtbarer Bestandteil des politischen Neustarts.

Nun ist die Beteiligung an der Erwerbsarbeit nicht der einzige Schlüssel gesellschaftlicher Integration und auch nicht die einzige beschäftigungspolitische Zielmarke. Neben der Erwerbsarbeit sind die private Beziehungsarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement gleich wichtig und gleichrangig. Folglich ist die ausschließliche Fixierung der Gesellschaft auf die Erwerbsarbeit krankhaft. Indem Frauen gleichgestellte und autonome Lebens- und Erwerbschancen für sich beanspruchen, ist es angemessen, dass Männer die überdehnte Identifizierung mit der Erwerbsarbeit relativieren und den ihnen zukommenden Teil an privater Erziehungsarbeit übernehmen. Darin könnten sie einen Gewinn an Lebensqualität entdecken. Folglich ist die öffentliche Debatte über die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung, die ausschließlich an die Frauen adressiert wird, ohne dass die Männer sich davon berühren lassen, fehlgeleitet. Die drei gleich notwendigen und nützlichen Arbeitsformen – die Erwerbsarbeit, die private Betreuungsarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement – sollten fair auf die beiden Geschlechter verteilt werden. Die finanzielle Absicherung könnte zum

einen durch Arbeits- und Kapitaleinkommen, zum andern durch Transfereinkommen erfolgen. Gesellschaftliche Anerkennung bedarf nämlich einer monetären Ausdrucksform oder der Garantie eines zusätzlichen Gewinns an frei verfügbarer Zeit. Eltern sollte ein Recht auf eine Ganztagsbetreuung der Kinder, die das erste Lebensjahr erreicht haben, eingeräumt werden. Sie sollten auch das Recht auf Teilzeitarbeit haben – ohne drastische Einkommensverluste. Und Väter sollten verpflichtet werden, einen angemessenen Anteil an Elternzeit, die nicht auf die Frau übertragbar ist, in Anspruch zu nehmen. Gute Arbeit ist weder unter finanzkapitalistischen noch unter patriarchalen Verhältnissen vorstellbar. Andererseits ist die demokratische Aneignung des Finanzkapitalismus nicht ohne einen rigorosen Abschied vom patriarchalen Kapitalismus denkbar

Beseitigung sozio-kultureller Schieflagen

Die realwirtschaftliche Belebung und die Errichtung einer beteiligungsgerechten Finanzarchitektur ersetzen nicht die Antwort auf die erstrangige Frage, wie die Gesellschaft und ihre Mitglieder in Zukunft leben und arbeiten wollen. Eine solche Antwort enthält die Auflösung vier sozio-kultureller Schieflagen.

Bei der Auflösung der ersten sozio-kulturellen Schieflage, die zwischen der Bereitstellung öffentlicher Güter und dem Angebots privater Güter besteht, spielt der Staat eine zentrale Rolle. Die allgemeinen Zugänge zu einem Grundbestand an Bildungs-, Gesundheits-, Mobilitäts- und Kulturgütern sind unzureichend. Das Privatisierungsfieber der vergangenen Jahre hat sich nicht als Heilmittel gegen wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung erwiesen. Die Propaganda des schlanken Staates als des besten aller möglichen Staaten hat die Ordnung des Marktes unterlaufen und marktbeherrschende Unternehmen entstehen lassen. Die öffentlichen Haushalte sind defizitär, während gleichzeitig die Geldvermögensbildung privater Haushalte expandiert. Der Ruf nach weiteren Steuersenkungen ist eine unangemessene Antwort auf diese Ungleichgewichte. Also sollte die Kompetenz des Staates, jenseits partikularer Interessen das allgemeine Interesse zu vertreten und zu behaupten, gefestigt werden. Daraus folgt, dass der Staat viel stärker als bisher dafür einzutreten hat, den ungebremsten Konzentrationsprozessen auf den Gütermärkten Einhalt zu gebieten und einen dynamischen marktwirtschaftlichen Wettbewerb zur Geltung zu bringen. Darüber hinaus sollte der Staat berechtigt sein, einen größeren Teil der wirtschaftlichen Wertschöpfung für seine Aufgaben, die niemand sonst übernehmen kann, zu beanspruchen.

Die zweite Schieflage, nämlich die zwischen der monetären und der realwirtschaftlichen Sphäre ist zu beseitigen, damit Finanz- und Wirtschaftskrisen, wie sie in diesem Jahrzehnt aufgetreten sind, weniger wahrscheinlich werden. Die Vertreter der Banken weisen zwar ein öffentliches Mandat weit von sich, indem sie das private Gewinninteresse für sich wie für alle privaten Finanzunternehmen reklamieren. Dagegen steht jedoch die wohl begründete Einsicht, dass die Geldverfassung, aber auch die für eine kapitalistische Marktwirtschaft unverzichtbare elastische Geldversorgung, die sich in der Kredit- und Geldschöpfungsmacht des Bankensystems verkörpert, und ganz besonders der stabile Geldwert ein öffentliches Gut sind. Daraus kann gefolgert werden, dass die Banken nicht nur ein privates Gewinninteresse zu verfolgen sondern gleichzeitig eine öffentliche Aufgabe zu übernehmen haben. Diese besteht darin, dass sie, wie es in den Lehrbüchern blumig ausgemalt ist, im Dienst des Wachstums und der Produktivität der Realwirtschaft den Wohlstand der Bevölkerung im ganzen und der am wenigsten begünstigten Bevölkerungsteile im besonderen zu heben haben. Ein solches Mandat, zwischen der Finanz- und Realwirtschaft eine ausgewogene Balance herzustellen, sollte sich in den Zeiten der Globalisierung nicht auf die reiche Minderheit der Weltbevölkerung beschränken, sondern vielmehr die Mehrheit derer einschließen, die auf dem Planeten wohnen, der der ganzen Menschheit zu eigen ist.

Ein dritte Schieflage gesellschaftlicher Macht ist in eine Balance zu bringen, nämlich die jener gesellschaftlichen Klassen, die mit dem Kürzel: „Kapital“ und „Arbeit“ definiert werden. Die angestrebte Balance besteht zum einen in einer fairen Verteilung der gemeinsam erarbeiteten wirtschaftlichen Wertschöpfung, zum anderen darin, dass diejenigen Akteure, die ihre Ressourcen in den Dienst des Unternehmens stellen, an den wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen am Arbeitsplatz, im Betrieb und in den Unternehmensorganen aktiv beteiligt werden. Das Recht auf eine solche Mitbestimmung lässt sich zweifach begründen – zum einen dadurch, dass die abhängig Beschäftigten ihr Arbeitsvermögen in den Dienst der gemeinsam erwirtschafteten Wertschöpfung gestellt haben. Damit haben sie einen Anspruch erworben, ein Einkommen zu erhalten, das für einen angemessenen Konsum ausreicht, und einen zusätzlichen Anspruch auf einen angemessenen Anteil am Gewinneinkommen, das ihnen gestattet, entsprechende Kapitalanteile am Unternehmen zu erwerben. Zum ändern kann der Anspruch auf Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten an den Entscheidungen einer Aktiengesellschaft direkt und allein auf der Grundlage des Arbeitseinsatzes begründet werden. Das Vermögen der Kapitaleigner einer Publikumsgesellschaft kann nämlich nicht anders als durch die Inanspruchnahme fremder Arbeit gewinnbringend genutzt werden. Also ist das Recht der unselbständig Arbeitenden auf aktive Beteiligung und Mitbestimmung an den Unternehmensentscheidungen ein originärer Anspruch auf der Grundlage des eingesetzten Arbeitsvermögens. Daraus folgt, dass jedes kapitalistische Unternehmen eine Verfassung erhalten sollte, in dem die Interessen der abhängig Beschäftigten, der Kapitaleigner und der öffentlichen Hand paritätisch vertreten sind.

Damit ist eine vierte Schieflage angesprochen, die ebenso wie jene dritte dem modernen Kapitalismus zuzurechnen ist, nämlich die Schieflage der Interessen, die menschliche Gesellschaften einerseits und alle Lebewesen andererseits auf dem gemeinsamen Planeten anmelden. Der in der Neuzeit rekonstruierte „homo faber“ empfindet sich als einziges Weltsubjekt, das der natürlichen Umwelt als deren Beherrscher selbstbewusst und selbst bestimmt entgegen tritt. Er wähnt sich befugt, die Natur zu bändigen und für die eigenen Interessen total einzuspannen. Aber nachdem Albert Schweitzer die veränderte Sicht des Menschen formuliert hat: „Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will“, und nachdem die Einsicht sich verbreitet, dass der natürlichen Umwelt und damit allen nicht menschlichen Lebewesen ein Eigenwert zukommt, der es den Menschen verbietet, sie ausschließlich als Mittel in den Dienst gesellschaftlicher Interessen zu stellen, ist eine Verpflichtung der Weltgesellschaft entstanden, alle gesellschaftlichen Verhältnisse in das Naturverhältnis eingebettet zu sehen und das gesellschaftliche Handeln so zu verändern, dass bei der Ordnung der Finanz- und Realwirtschaft die gesellschaftlichen Ansprüche mit der Belastbarkeit des Planeten, mit der Ressourcenentnahme und der Aufnahme von Abfällen ausbalanciert werden.

Die Beseitigung dieser Schieflagen berührt die Lebensverhältnisse der Menschen, inwieweit die Vorentscheidungen wirtschaftlich und politisch einflussreicher Eliten der Mehrheit der Bevölkerung gestatten, ihre Lebensentwürfe zu realisieren, nämlich in gelingenden Partnerschaften, auch mit Kindern zu leben, ihre Alltagswelt im Einklang mit der Natur zu gestalten, autonom über die ihnen verfügbare Zeit flexibel zu bestimmen, welcher Anteil davon dem Betrieb zugestanden wird oder der Privatsphäre vorbehalten bleibt. Und ob es ihnen gelingt, sich einer pathologischen Fixierung der politischen und wirtschaftlichen Eliten auf die Erwerbsarbeit zu entziehen, die mutwillig oder fahrlässig Wahlkampfparolen verbreiten, dass sozial sei, was Arbeit schafft, oder dass irgendeine Arbeit besser sei als keine.